



„Man hätte den Skandal früher aufdecken können“

Beim Wirecard-Betrug haben viele Stellen versagt. Der Schaden daraus ist vielen Politikern nicht klar, glaubt Carola Rinker, Expertin für Bilanzfälschung. Sie fordert einen Untersuchungsausschuss und eine starke staatliche Kontrolle

Interview Anja Krüger

taz: Frau Rinker, sollte der Wirecard-Skandal in einem Bundestags-Untersuchungsausschuss aufgearbeitet werden?

Carola Rinker: Ja. Es muss auf den Tisch kommen, was schiefgelaufen ist. Nur so ist eine sinnvolle Reform der Finanzaufsicht möglich. Wenn man jetzt Änderungen vornimmt, ohne detailliert zu wissen, was schiefgelaufen ist, können die gleichen Fehler ja wieder geschehen.

Sie sind Expertin für Bilanzfälschung: Wäre der Wirecard-Skandal zu verhindern gewesen?

Man hätte den Skandal früher aufdecken können. Bei Wirecard gab es ein Versagen an verschiedenen Stellen. Verhindern kann man Bilanzbetrug nur, wenn die Gefahr der Aufdeckung groß ist. Je früher ein Betrug wahrscheinlich aufgedeckt wird, desto geringer ist der Anreiz, es zu probieren.

Brauchen wir eine Bilanzpolizei?

Ja, aber nicht in der jetzigen Form. Der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung (DPR), der jetzigen Bilanzpolizei, die im Auftrag der Finanzaufsicht Bafin Wirecard geprüft hat, hat die Bundesregierung zum Ende nächsten Jahres gekündigt. Die DPR hat weniger als 20 Mitarbeiter, also zu wenig Personal, um wie bis jetzt 550 Unternehmen zu prüfen. Es muss eine Kontrolle geben, die mehr Handlungsspielraum hat. Bei der DPR konnten die Unternehmen freiwillig antworten, der Aufsichtsrat musste nicht einbezogen werden. So wie es bislang gelaufen ist, geht es nicht.

Zuerst hätten die Wirtschaftsprüfer von EY merken müssen, dass etwas nicht stimmt. Gab es Warnzeichen?

Es gab sehr viele Warnzeichen, zum Beispiel Beiträge in der *Financial Times* mit Anhaltspunkten. Bei den Bilanzen der letzten zehn Jahre fällt auf, dass Wirecard zunehmend Liquidität hatte, andererseits sind die Gewinne gestiegen und trotzdem wurden Kredite aufgenommen. Da stellte sich

Internationale Medien fragen, wie ein solches Unternehmen überhaupt in den DAX kommen konnte

die Frage: Wofür hat Wirecard das Geld gebraucht? Bei Guthaben auf Treuhandkonten, unter anderem den verschwundenen 1,9 Milliarden Euro, hätten die Wirtschaftsprüfer mehr Nachweise einholen müssen. Die Wirtschaftsprüfer sagen, sie sind keine forensischen Experten. Aber für den Jahresabschluss 2018 hat EY angegeben, dass forensische Gutachten eingeholt wurden. Das heißt, da waren Experten dabei.

Was muss sich bei den Wirtschaftsprüfern ändern?

Ihre Haftungsprivilegien müssen abgeschafft werden, sie müssen stärker haften. In Großbritannien wurde gerade eingeführt, dass Wirtschaftsprüfer nicht gleichzeitig ein Unterneh-

men beraten und prüfen dürfen. In Frankreich prüfen zwei Wirtschaftsprüfer zusammen ein Unternehmen. Auf jeden Fall sollte die Rotationspflicht verkürzt werden auf einen Wechsel der Wirtschaftsprüfer alle fünf Jahre.

Finanzminister Scholz hat einen Aktionsplan für eine stärkere Finanzaufsicht und eine schärfere Kontrolle der Wirtschaftsprüfer angekündigt. Dazu gehört ein Sonderprüfungsrecht der Finanzaufsicht Bafin.

Das ist zumindest ein Schritt in die richtige Richtung. Wir brauchen definitiv für die Bafin mehr Möglichkeiten, rechtzeitig einzugreifen. Aber es muss erst einmal eine Untersuchung geben, was in der Vergangenheit alles falsch gelaufen ist.

Ist der Aktionsplan weitreichend genug?

Nein. Ich kann mir vorstellen, dass in der Politik noch nicht überall durchgedrungen ist, was der Skandal bedeutet. Es gibt ein großes Interesse internationaler Medien, die sich fragen, warum da keine Behörde eingegriffen hat und wie ein Unternehmen wie Wirecard überhaupt in den DAX kommen konnte. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass das Vertrauen in den deutschen Kapitalmarkt wiedergewonnen wird.

Die Finanzaufsicht in Deutschland ist Anfang des Jahrtausends von der rot-grünen Regierung umfassend reformiert worden. Wurde damals zu viel dereguliert?

Ja, das ist das eine. Das andere ist die Struktur. Der Anlass für die

Gründung der DPR waren Bilanzskandale, unter anderem der um Flowtex, einen Hersteller von Horizontalbohrmaschinen. Jetzt hat sich gezeigt, dass mit der Gründung der DPR das Problem nicht gelöst wurde.

Viele Führungskräfte bei der Bafin kommen aus der Finanzwelt. Ist die Nähe zur Branche ein Problem?

Da stellt sich die Frage, wie unvoreingenommen jemand agiert und ob noch Kontakte bestehen, sodass gewisse Interessen verfolgt werden. Man könnte sagen, man braucht jemanden, der einen gewissen Einblick in die Branche und Erfahrung hat, um die Komplexität verstehen zu können. Die Frage ist, wie man es schafft, jemanden mit Erfahrung zu finden, der keine eigenen Interessen verfolgt. Ich glaube, das ist ein Problem, über das man auch in einem Untersuchungsausschuss sprechen sollte.



Foto: Foto-Freiburg

Carola Rinker

33, ist Unternehmensberaterin und Bilanzexpertin. Die Volkswirtin schult unter anderem Mitarbeiter des Bundeskriminalamts zum Thema Bilanzfälschung. Sie ist Mitglied der Initiative Neues Wirtschaftswunder, die sich für eine sozial-ökologische Transformation einsetzt.

Wie kann der Finanzplatz Deutschland Vertrauen zurückgewinnen? Foto: Alex Kraus/Bloomberg/Getty Images

Nur die Spitze des Eisbergs

Bei einer Sondersitzung des Finanzausschusses müssen die Minister Scholz und Altmaier Rede und Antwort stehen. Noch ist unklar, ob der Bundestag einen Untersuchungsausschuss einsetzt

Von Anja Krüger

Die Angelegenheit drängt, denn sie enthält enormen politischen Sprengstoff: Mitten in der Sommerpause kommen die Abgeordneten des Finanzausschusses am Mittwoch um 16 Uhr zu einer – nicht öffentlichen – Sondersitzung zusammen. Einziger Tagesordnungspunkt: das Desaster um den zusammengebrochenen Zahlungsdienstleister Wirecard. „Es besteht das ungute Gefühl, dass wir im Wirecard-Skandal bisher erst die Spitze des Eisbergs gesehen haben“, sagte die grüne Abgeordnete Lisa Paus der taz. Sie ist Mitglied des Finanzausschusses.

Wirecard verkörperte die große Hoffnung auf ein international schlagkräftiges deutsches digitales Finanzunternehmen. Der Zahlungsabwickler ist nach steilem Aufstieg in den deutschen Aktienleitindex DAX komplett in sich zusammengebrochen, Milliarden an Börsenwerten wurden vernichtet. Denn es hat sich herausgestellt, dass der Konzern über Jahre seine Bilanzen gefälscht und Gewinne vorgetäuscht hat. Rund 1,9 Milliarden Euro sind verschwunden oder haben nie existiert.

Bis zum bitteren Ende sind die kriminellen Machenschaften der Finanzaufsicht Bafin und

„Der Wirecard-Skandal stinkt, die politischen Verbindungen müssen ausgeleuchtet werden“

Fabio De Masi, Linkspartei

anderen Kontrollinstitutionen wie der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung entgangen. Dabei gab es Hinweise. Schon 2019 hatte die *Financial Times* von Unregelmäßigkeiten berichtet – der Autor der Berichte wurde von der Bafin wegen versuchter Marktmanipulation angezeigt. Die Staatsanwaltschaft München I hat mittlerweile drei Ex-Manager von Wirecard verhaftet, ein vierter ist auf der Flucht. Sie wirft ihnen unter anderem „bandenmäßigen Betrug“ vor und ermittelt gegen weitere Personen.

Vor dem Sonderausschuss Rede und Antwort stehen müssen unter anderem Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) und Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU). Die Bundesregierung steht aus zwei Gründen unter Beschuss: Als Finanzminister ist Olaf Scholz (SPD) für die Finanzaufsicht verantwortlich. Bislang stellt er sich schützend vor die Bafin. In Altmaiers Zuständigkeit fällt die Aufsicht über die Wirtschaftsprüfer, die bei Aktiengesellschaften die Richtigkeit des Jahresabschlusses testieren müssen – was im Fall Wirecard die Kontrolleure des Wirtschaftsprüfers EY über Jahre getan haben. Außerdem hatte Wirecard gute Kontakte in die Bundesregierung und bis ins Bundeskanzleramt – was für einen DAX-Konzern nicht ungewöhnlich ist. Auf Kritik der Opposition stößt auch, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einer Chinareise für Wirecard lobbyiert hatte.

Die Grünen-Abgeordnete Paus ist verärgert, dass das Bundeskanzleramt trotz Einladung der Opposition nicht zu der Sondersitzung kommen wird. „Wir müssen jedes Mittel nutzen, um eine schnelle und umfassende Aufklärung voranzutreiben“, sagte sie.

Der Linkspartei-Abgeordnete Fabio De Masi hat mit Blick auf die Sondersitzung einen Katalog von mehr als einem Dutzend Fragen und Ersuchen vorgelegt. Er fordert unter anderem Zugang zur regierungsinternen Kommunikation zu Wirecard. „Der Wirecard-Skandal stinkt und die politischen Verbindungen müssen ausgeleuchtet werden“, sagte er. De Masi fordert einen Untersuchungsausschuss, der den Skandal aufklärt. Die Grünen würden das unterstützen, setzen aber eher auf weitere Sondersitzungen, damit kurzfristig wichtige Fragen beantwortet werden können. Denn ein Untersuchungsausschuss würde wahrscheinlich erst im November eingerichtet werden.

Die Haltung der FDP dazu hängt vom Ablauf der Sondersitzung ab. Sie sei für die Regierung die letzte Gelegenheit, in wichtigen Fragen für Aufklärung zu sorgen, so der FDP-Abgeordnete Florian Toncar. „Olaf Scholz und die gesamte Bundesregierung haben sich vor allem selbst bescheinigt, nichts falsch gemacht zu haben“, sagte er.

wirecard